

V2NEU Ein neuer finanzpolitischer Rahmen für Europa

Gremium: 2. Länderrat 2022
Beschlussdatum: 18.12.2022
Tagesordnungspunkt: V Verschiedenes

Antragstext

1 Und mal wieder Krise.

2 Während Inflation, Kriege, Klimakatastrophe und schwelender Nationalismus unser
3 aller Existenz bedrohen, kämpfen linke Kräfte oft gegen nationale Unterdrückung
4 und für Befreiung ihrer Mitmenschen. Dabei sind diese Krisen nicht national zu
5 bekämpfen, denn wir leben in einer kapitalistischen Weltordnung – die nicht an
6 Grenzen halt macht.

7 Die Lösung für viele ist internationale Kooperation – und gerade in Europa
8 lastet viel Hoffnung auf der Europäischen Union, dabei sind europäische Staaten
9 durch handlungsunwillige Politik und willkürlich festgesetzte Schuldengrenzen
10 gefesselt. Dazu kommen die bis heute spürbaren Folgen der Finanz- und Eurokrise
11 sowie der zahlreichen wirtschaftspolitischen Fehler in den Jahren danach:
12 Anstatt zu investieren, zwang sich die Eurozone zum Sparen.

13 Auch an der Griechenlandkrise, zu Zeiten der Syriza-Regierung, haben wir
14 gesehen, dass nationale linke Bestrebungen bei Versuchen der Umverteilung zu
15 sehr begrenzt werden. Und dies von einer Europäischen Union, die vor allem auf
16 ihre eigene Währungsstabilität, statt dem guten Leben für Alle aus ist. Die
17 Lösung der EU heißt zu oft: Kürzung der Löhne & Renten, statt höherer Besteuerung
18 der Reichen & Großunternehmen. Die Frage einer gemeinsamen Schuldenaufnahme wird
19 gerade auch von der deutschen Regierung immer wieder blockiert. Diese Politik,
20 die kurzfristige Profitinteressen priorisiert, gefährdet am Ende auch den
21 Zusammenhalt der Gesellschaft. Egal ob in Italien oder Frankreich: Immer wieder
22 beobachten wir, wie rechte Kräfte die Verunsicherung und Enttäuschung der
23 Menschen nutzen, um eine rückwärtsgewandte und nationale Politik populär werden
24 zu lassen, was wiederum den Einsatz für grenzüberschreitende Solidarität und
25 Menschenrechte immer wieder bedroht.

26 Klar ist: diese Europäische Union ist keine internationalistische Vereinigung.
27 Gerade ihre Finanzen werden oft als zu restriktive Maßnahmen genutzt, statt
28 gemeinsame Lösungen für gemeinsame Krisen zu finden. Und gerade mit Blick auf

29 die Europawahl wird klar, in Europa läuft einiges schief: sei es bei den
30 sozialen Themen, bei der finanziellen Verteilung von Mitteln oder der
31 Abschottung an den Außengrenzen.

32 Das muss sich ändern. Wir setzen uns weiter ein für ein gerechteres,
33 ökologisches und friedliches Europa, frei von nationalstaatlichen Grenzen . Ein
34 Europa, in dem die Bedürfnisse der Menschen und nicht die Profitinteressen
35 weniger im Mittelpunkt stehen und dessen Wohlstand nicht auf der Ausbeutung des
36 globalen Südens beruht. Ein Europa, in dem gemeinsam demokratisch entschieden
37 wird. Damit ist für uns klar, dass wir auch gemeinsam entscheiden, wie wir
38 wirtschaften und wofür in der EU Geld ausgegeben wird.

39 Daher wollen wir auf eine stärkere europäische Zusammenarbeit setzen, die
40 gemeinsame Lösungen für die vielen Krisen findet, in denen wir stecken. Und
41 dabei werden wir viel Geld brauchen.

42 Es gibt sinnvolle politische Reformen, die es sich für dieses Ziel zu erkämpfen
43 lohnt. Wir wollen das Race to the Bottom verhindern, welches dazu führt, dass
44 Staaten sich in der Besteuerung von Kapital unterbieten und Arbeitsrechte
45 abbauen, um attraktiv für Unternehmen zu bleiben.

46 Deswegen setzen wir uns für eine europäische Besteuerung von Unternehmen, hohen
47 Vermögen und Kapitalerträgen ein.

48 Ein gemeinsamer europäischer Mindestlohn wäre ein wichtiger Schritt. Eine
49 gemeinsame europäischen Arbeitslosenversicherung und eine europäischen Job- und
50 Ausbildungsgarantie müssen der nächste Schritt sein.

51 Gerade die Deutsche Bundesregierung spielt oft keine gute Rolle, wenn es um
52 Fragen europäischer Solidarität geht. Damals war es die Große Koalition, die
53 Griechenland das Sparmandat aufdrückte und heute ist es die Ampel-Regierung, die
54 die Lockerungen von Fiskalregeln auf EU- Ebene und eine gemeinsame
55 Schuldenaufnahme bremst. Während wir richtigerweise 200 Milliarden Euro Schulden
56 für den Gaspreisdeckel aufnehmen, fehlt auch aufgrund des Handelns der
57 Bundesregierung eine Perspektive für andere EU-Länder.

58 Deswegen kämpfen wir sowohl für die Abschaffung der undemokratischen
59 Schuldenbremse in Deutschland als auch für die Reform der Fiskalregeln in der
60 EU. Aus der gescheiterten Austeritätspolitik zu lernen, heißt: Gerade wenn
61 Länder in wirtschaftliche Krisen geraten, muss es ihnen ermöglicht werden,
62 Schulden aufzunehmen, um zu investieren und eine sich verstetigende Rezession zu
63 verhindern. Dabei soll sich nicht an Profitinteressen, sondern an den
64 Bedürfnissen der Menschen orientiert werden. Dies bedeutet, dass Entscheidungen
65 über eine gemeinsame europäische Finanzpolitik nicht mehr vom Markt diktiert,
66 sondern gemeinsam demokratisch legitimiert werden müssen.

67 Auch die EU als politisches Projekt ist voller Widersprüche: der Einsatz für
68 Demokratie und Menschenrechte auf der einen Seite und eine Wirtschaftspolitik,

69 die für viele Menschen innerhalb und vor allem außerhalb der EU mit
70 Unsicherheit, Armut und Ausbeutung verbunden ist.
71 Umso wichtiger ist es, dass wir uns diesen Fragen im nächsten Jahr widmen.
72

73 Wie können wir uns ein Zusammenleben frei von Grenzen vorstellen und was muss
74 passieren, um Profitlogiken im europäischen und globalen Kontext zu überwinden?
75 Dafür wollen wir in verschiedensten Formaten, unter anderem dem
76 Frühjahrskongress und dem internationalistischen Sommer von und miteinander
77 lernen und diskutieren. Außerdem planen wir eine Fahrt ins EU- Ausland, in der
78 wir uns mit Fragen von Austerität beschäftigen werden.

79 Denn auch wenn wir die EU an einigen Stellen kritisieren, so ist unser klares
80 Ziel eingerechteres, ökologisches und friedliches Europa, frei von
81 nationalstaatlichen Grenzen. Als überzeugte Europäer*innen kämpfen wir für ein
82 besseres Europa für Alle. Finanz- & geldpolitische Hebel können hierbei nur ein
83 Schritt von vielen sein, daher werden wir uns im Rahmen des nächsten Jahres
84 vermehrt damit auseinandersetzen, wie ein Europa der Zukunft konkret aussehen
85 kann.